

Antrag der Fraktion DIE LINKE.

Verfolgte Minderheiten im Irak und Syrien schützen!

Die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) hat in Teilen des Iraks und Syriens ein Kalifat ausgerufen und tötet alle, die sich ihrer Terrorherrschaft nicht unterwerfen. Religiöse Minderheiten wie Ezid_innen, Jüd_innen, Christ_innen und Mandäer_innen werden zum Konvertieren gezwungen oder getötet. Nun weitet die IS ihren selbsternannten Gottesstaat aus und ist in das Hauptsiedlungsgebiet der religiösen Minderheit der Ezid_innen rund um die Provinzhauptstadt Shingal eingedrungen. Dabei wurden grauenhafte Verbrechen begangen, Menschen getötet, Mädchen und Frauen vergewaltigt und zu Hunderten verschleppt. Laut dem UNO-Sonderbeauftragten für den Irak, Nikolaj Mladenov, entfaltet sich eine humanitäre Katastrophe. Meldungen zufolge sind 200.000 Menschen im kurdischen Teil Iraks auf der Flucht, dabei sind schon viele aufgrund von Versorgungsmangel gestorben. Weitere 5.000 Menschen sollen in Syrien vor der IS auf der Flucht sein.

Die Geflüchteten benötigen dringend Versorgung mit Hilfsgütern wie Wasser, Nahrungsmitteln oder Medikamenten. Diejenigen, die Schutz außerhalb ihrer Heimatregion suchen, brauchen einen sicheren Zufluchtsort, dies kann auch in Deutschland sein.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge daher beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für sofortige humanitäre Hilfe für die vor der IS Geflüchteten einzusetzen.
2. Der Senat wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland einzusetzen, die vor dem Terror der IS Schutz suchen.
3. Der Senat wird aufgefordert, die Aufnahme von Angehörigen religiöser oder ethnischer Minderheiten aus dem Irak und Syrien, die von der IS bedroht sind, nach § 23 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz zu ermöglichen. Der Nachzug zu hier lebenden Verwandten soll ohne finanzielle Auflagen geschehen.

Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE.